

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Sonntags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 150 Mk., im voraus ausbezahlt. Zeitungen nehmen sämtliche Bestellungen entgegen. Fernsprecher: Danks 1970, 1971 und 1972. Amt Baudr 2021. Redaktionsleiter: Danks 1970.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die Abdruckrechte vorbehalten. Jede Abdruckung ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers ist strafbar. Die Abdruckung von Artikeln, die in dieser Zeitung erschienen sind, ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers nicht zulässig. Die Abdruckung von Artikeln, die in dieser Zeitung erschienen sind, ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers nicht zulässig.

Redaktion: Fernsprecher Danks 4190, 4191 und 4192. Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Aussichten der Arbeiterpartei

Die Stellung Lloyd Georges ist erschüttert. Weder seine früheren liberalen Freunde noch die Konservativen haben besonderes Vertrauen zu ihm. Seinen Sieg bei den letzten allgemeinen Wahlen verdankt er ohnedies nur der Abstimmlung. Lloyd George wußte geschickt den chauvinistischen Lappen zu schwingen und hinter diesem Lappen zog „der Organisator des Krieges und des Sieges“ siegreich ins Parlament.

Aber die Stimmung von damals ist verflogen. Sie mußte nüchternen Erwägungen weichen. Weder innenpolitisch noch außenpolitisch hat das Kabinett Lloyd George besondere Erfolge aufzuweisen. Die irische Frage ist nur halb gelöst, wie der fortdauernde Bürgerkrieg in Irland beweist, die indische Frage aber und ebenso die ägyptische, sind von der Lösung weit entfernt. Man konnte Gandhi, den Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, einsperren, aber den Geist dieser Bewegung dadurch nicht töten. In Ägypten verfehlten die blauen Hohnen Lloyd Georges ebenso ihre Wirkung. Hinzu kommt, daß Lloyd Georges Haltung zu dem durch den Versailler Vertrag aufgeworfenen Problemen niemand befriedigt, sondern sowohl im Lager der Konservativen, als auch bei den sogenannten unabhängigen Liberalen, und vor allem bei der Arbeiterpartei auf heftige Opposition stieß. Allerdings, die Gründe dieser Opposition sind verschieden. Die Tories und der Asquithflügel bekämpfen Lloyd Georges Politik aus anderen Gründen wie die Arbeiterpartei. Klar und eindeutig allein ist die Stellungnahme der Arbeiter gegenüber Lloyd George, wie überhaupt die Politik der Arbeiterpartei in den letzten Jahren sich geradezu überraschend von allen ihr früher anhaftenden Unklarheiten freigemacht hat. Die Zeiten, wo sich innerhalb der Arbeiterpartei alle möglichen Tendenzen und Richtungen und Kompromißneigungen breit machen konnten, sind endgültig vorbei.

Wenn diese Klärung sich vollzogen hat, so ist es in der Hauptsache zurückzuführen auf die Erfahrungen der englischen Arbeiterklasse während des Krieges. Auch in England hatte die Arbeiterklasse den Worten ihrer kapitalistischen Regierung über Ursache, Zweck und Ziel des Krieges Glauben geschenkt. Aber sehr bald mußte sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sie ebenso mißbraucht worden war wie die Arbeiterklasse in den anderen am Krieg beteiligten Ländern. Der „Sieg“ war nicht ihr Sieg. Die großen Versprechungen, die die englische Regierung während des Krieges gemacht hatte, blieben entweder ganz unerfüllt oder wurden nur teilweise erfüllt. Es kam hinzu, daß die Auswirkungen des Krieges sehr schwer auf der englischen Arbeiterklasse lasteten. Der Steuern wurden mehr. Die Arbeitslosigkeit in England ist seit Jahr und Tag eine furchtbare. Zeitweise bezogen gegen zwei Millionen Arbeitslosenunterstützung. Hand in Hand mit dieser Arbeitslosigkeit gehen Vorkürzungen in allen Industriezweigen. Bekannt sind die schweren Kämpfe, die die englischen Bergarbeiter und die Metallarbeiter im Laufe dieses Jahres gegen Lohnherabsetzungen geführt haben. Und wenn beispielsweise die Bergarbeiter nach einem Ausstand von mehreren Monaten nicht nur zähneknirschend in einen Lohnabzug einwilligen, sondern auch auf die bisherige Ausgleichung der Löhne verzichten mußten (die Regierung hatte während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Krieg durch Zuschüsse aus einem Ausgleichsfonds an stark abgebaute Gruben den Bergarbeitern eine gewisse Lohnrate garantiert), so trägt daran der Wortbruch des Kabinetts Lloyd Georges die Hauptschuld.

Verzagt hat die Regierung auch in der Wohnungsfrage, in sozialpolitischen Fragen, kurz, in allen Fragen, die die Lebensinteressen der Arbeiterklasse betreffen. Und immer wieder spielt die Regierung mit dem Gedanken, den Arbeitern bzw. der Arbeiterpartei die politische Betätigung zu erschweren, indem sie, analog einer früheren richterlichen Entscheidung den Gewerkschaften die Finanzierung der Wahlen der Arbeiterpartei unterlagern will.

Alle diese Momente haben aufrüttelnd gewirkt, und die politische Bewegung der englischen Arbeiter ungemein gefördert. Hieron legte der Kongreß der Arbeiterpartei in Edinburgh Zeugnis ab, wo man nicht nur dem Kabinett Lloyd George und der sogenannten Koalition den Kampf anfangte, sondern auch dem unabhängigen Flügel der Liberalen um Asquith. Die englische Arbeiterpartei — das ist der hauptsächlichste Beschluß in Edinburgh, und hierin dokumentiert sich der steigende Einfluß der Unabhängigen Eng-

#### Wieder auf dem toten Gleis

(cca.) Paris, 11. Sept. Die Nachrichten, die über die Haltung der belgischen Regierung zu dem Ausgange der deutsch-belgischen Verhandlungen heute abend hier eingelaufen sind, sind widersprechender Natur. Die belgischen Delegierten Delacroix und Beemelmans, sowie der Finanzfachverständige Philippson sind heute vormittag aus Berlin kommend in Brüssel eingetroffen und noch im Verlaufe des Morgens eingehend von Thennis und Jasper gelehrt worden. Eine offizielle Mitteilung über diese Zusammenkunft wurde der Presse nicht gemacht.

Anfänglich sind die Zeitungsvertreter auf mehr oder weniger sichere Privatinformationen angewiesen. Der Berichterstatter des „Temps“ glaubt, behaupten zu können, daß Thennis und Rader ihre Entscheidung vom Sonnabend aufrecht erhalten und die Verhandlungen als abgeschlossen und abschließend betrachten. Dem gleichen Korrespondenten zufolge verläßt man in Brüssel, daß der am Sonnabend in Berlin veröffentlichte Bericht über das Ergebnis der deutsch-belgischen Verhandlungen nicht dem Gedankengang der belgischen Regierung entspricht. Dies Communiqué sei vielmehr ohne Kenntnis der belgischen Regierung auf Verlangen der Berliner Regierung veröffentlicht worden. Die Brüsseler Regierung ist der Meinung, daß die Verhandlungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission endgültig abgeschlossen seien.

Es sei wahrscheinlich, so meldet der „Temps“ weiter, daß die belgische Regierung die Reichsregierung auf diplomatischem Wege auffordern werde, die Schatzscheine für die Verfalltage vom 15. August und 15. September von je 50 Millionen Mark abzuliefern und die Golddepots, die zur Garantie dieser Schatzscheine dienen sollen, auszuführen. Wahrscheinlich wird man verlangen, daß diese Golddepots an die belgische Nationalbank in Brüssel zum 15. September ausgeführt werden. Eine endgültige Entscheidung sei aber noch nicht getroffen. Voraussetzungen sind morgen die Entscheidung der belgischen Regierung und ihre Antwort an das Deutsche Reich veröffentlicht werden. Erst wenn Deutschland diese Mitteilung angenommen oder sich geweigert haben sollte, die Golddepots auszuführen, die die belgische Regierung verlangt, wird diese die Reparationskommission von dem Vorfall unterrichten.

Gerade das Gegenteil dieser Ausführungen behauptet der gewöhnlich von belgischer Seite aus informierte Berichterstatter des „Antwankant“ zu haben. Er schreibt, es sei außerordentlich wahrscheinlich, daß Delacroix verlangen werde, daß die Reparationskommission aufzusammeln, um für den Mißerfolg der deutsch-belgischen Verhandlungen bekanntzugeben. Aus dem Bericht des gleichen Korrespondenten scheint hervorzugehen, daß man in Brüssel den Eindruck hat, daß die Verhandlungen durch das Einreisen von Stinnes gescheitert sind. Stinnes, so schreibt der Korrespondent, war wohl geneigt, persönlich seine Garantie zu geben, aber nur unter zwei Bedingungen.

Diese Bedingungen waren: 1. der Eintritt der Volkspartei in das Kabinett; 2. ein belgisch-deutsches Abkommen auf der Grundlage der Vereinbarungen mit Luberae. Man weiß jetzt, so fährt der Korrespondent fort, daß Stinnes annimmt, den Vorschlag nachzugeben einzuweichen. Ferner glaubt der Berichterstatter des „Antwankant“ verlässern zu können, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, in die deutsch-belgischen Verhandlungen eingegriffen habe, und den Belagern durch die deutsche Regierung anbieten ließ, daß man die Schatzscheine in England diskontieren wolle, wenn diese für einige Monate profungiert würden. Der „Antwankant“ glaubt, es sei noch möglich, daß die deutsche Regierung im Verlaufe der nächsten 48 Stunden auf Veranlassung Englands neue Vorschläge machen werde.

#### Neue Verhandlungen in Paris

Staatssekretär a. D. Bergmann und der Vorsitzende der Kriegsschadenskommission, Fischer, haben, wie die „Dena“ erfährt, sich heute nach Paris begeben, um sich zur Verfügung der Reparationskommission zu halten. Man nimmt an, daß die Reparationskommission während der Woche die Entscheidung darüber fällen wird, ob die sechsmonatige Frist,

die für die Schatzwechsel vorgesehen ist, auf 1 1/2 Jahre verlängert werden kann, wie das Angebot der deutschen Regierung an die belgische Delegation es vorsah. Die Möglichkeit der Zustimmung der Reparationskommission zu diesem Angebot ist um so mehr gegeben, als im Falle der Ablehnung gemäß dem Beschluß der Reparationskommission die Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgen würde. An dieser Beschlagnahme hat aber selbst die französische Regierung kein Interesse, da die Zahlungsfähigkeit der deutschen Republik durch eine Beschlagnahme nur noch in erhöhtem Maße herabgemindert würde, während Frankreich selber von diesem Gelde nichts erhalten würde. Da auch die belgische Regierung offenbar beabsichtigt ist, zu einer Verständigung zu kommen, und die Engländer ihre vermittelnde Haltung während der neuen Verhandlungen bewiesen haben, so würde die Zustimmung der Reparationskommission zu dem deutschen Vorschlag nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern auch im Gebiet der politischen Vernunft liegen. Erst nach der Lösung der belgischen Frage wird es möglich sein, das gesamte Problem der Reparationsfrage auf den Wunsch der französischen Regierung hin nochmals durchzusprechen. Von einer neutralen Seite, die während der Verhandlungen stets eine wohlwollende Haltung Deutschland gegenüber eingenommen hat, und die an den Verhandlungen nicht ganz unbeteiligt war, wird der „Dena“ mitgeteilt, daß die öffentliche Meinung der Welt von der deutschen Regierung jetzt wohl Aktivität und Initiative erwartet, und zwar in der Richtung der Organisation einer Garantieleistung der deutschen Industrie. In welcher Form dies zu geschehen hat, müssen natürlich die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der belgischen Regierung überlassen bleiben, aber der Wille zu diesen Maßnahmen muß jetzt durch die Tat so schnell wie möglich bekundet werden, da die Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands in erheblichem Maße von den kommenden politischen Entscheidungen abhängt. So muß die Industrie selber ein lebhaftes Interesse an der Lösung der Frage haben, zu der sie am besten durch eigene Mitarbeit beitragen könne.

die für die Schatzwechsel vorgesehen ist, auf 1 1/2 Jahre verlängert werden kann, wie das Angebot der deutschen Regierung an die belgische Delegation es vorsah. Die Möglichkeit der Zustimmung der Reparationskommission zu diesem Angebot ist um so mehr gegeben, als im Falle der Ablehnung gemäß dem Beschluß der Reparationskommission die Beschlagnahme des Reichsbankgoldes erfolgen würde. An dieser Beschlagnahme hat aber selbst die französische Regierung kein Interesse, da die Zahlungsfähigkeit der deutschen Republik durch eine Beschlagnahme nur noch in erhöhtem Maße herabgemindert würde, während Frankreich selber von diesem Gelde nichts erhalten würde. Da auch die belgische Regierung offenbar beabsichtigt ist, zu einer Verständigung zu kommen, und die Engländer ihre vermittelnde Haltung während der neuen Verhandlungen bewiesen haben, so würde die Zustimmung der Reparationskommission zu dem deutschen Vorschlag nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern auch im Gebiet der politischen Vernunft liegen. Erst nach der Lösung der belgischen Frage wird es möglich sein, das gesamte Problem der Reparationsfrage auf den Wunsch der französischen Regierung hin nochmals durchzusprechen. Von einer neutralen Seite, die während der Verhandlungen stets eine wohlwollende Haltung Deutschland gegenüber eingenommen hat, und die an den Verhandlungen nicht ganz unbeteiligt war, wird der „Dena“ mitgeteilt, daß die öffentliche Meinung der Welt von der deutschen Regierung jetzt wohl Aktivität und Initiative erwartet, und zwar in der Richtung der Organisation einer Garantieleistung der deutschen Industrie. In welcher Form dies zu geschehen hat, müssen natürlich die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der belgischen Regierung überlassen bleiben, aber der Wille zu diesen Maßnahmen muß jetzt durch die Tat so schnell wie möglich bekundet werden, da die Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands in erheblichem Maße von den kommenden politischen Entscheidungen abhängt. So muß die Industrie selber ein lebhaftes Interesse an der Lösung der Frage haben, zu der sie am besten durch eigene Mitarbeit beitragen könne.

#### Lloyd George für ein türkisches Thrazien

(D.N.) London, 11. September. Hier hat der Fall von Smyrna große Erregung hervorgerufen. Eine Kabinettsitzung, die heute mittag zusammengetreten war, hat sich nur mit der Orientfrage beschäftigt. Es heißt, daß Lloyd George geneigt ist, den Türken nicht nur Kleinasien, sondern auch Thrazien ganz zurückzugeben, wenn die kemalistische Regierung die Freiheit der Meerengen weiter garantiert. Es verlautet weiter, daß eine Zusammenkunft der asiatischen Außenminister zur Lösung der Orientfrage vorbereitet werden soll.

#### Die Gemeindevahlen in Thüringen

Am Sonntag haben in Thüringen Gemeindevahlen stattgefunden. Die bisher bekannt gewordenen Resultate sind höchst unvollkommen und lassen einen Schluß auf das Endergebnis nicht zu. Nicht einmal über die Wahlbeteiligung war bis gestern abend Uebereinstimmendes zu erfahren. Durchweg wird angenommen, daß eine weitestgehende Verstärkung der Parteistärken nicht stattfand. Die USV. und SPD. gingen in einer ganzen Reihe von Kreisen gemeinsam vor. Sie haben durchweg ihren Stand gehalten. Aus den neun kreisfreien Städten liegen folgende Ergebnisse vor: Gera 27 Sozialisten, 26 Bürgerliche, Altenburg 23 Sozialisten, 18 Bürgerliche, Weimar 15 Sozialisten, 24 Bürgerliche, Apolda 11 Sozialisten, 18 Bürgerliche, Jena 21:26, Arnstadt 15:16, Eisenach 14:25, Gotha 16:27.

Von dem übrigen Wahlausgang waren bis Schluß der Redaktion nur Teilergebnisse zu erfahren. Die Bürgerlichen waren ebenso wie die USV. und SPD. vielfach vereint in den Wahlkampf gezogen.

geflügelte, eine sehr starke Fraktion im Parlament. Aber alle Wahlkreisgeometrie wird den Vornarrsch der Arbeiterpartei nicht aufhalten. Bereits rechnen liberale und konservative Politiker mit der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, daß die Arbeiterpartei bei den nicht mehr aufzuschiebenden allgemeinen Wahlen als stärkste Partei in das englische Unterhaus einzuziehen und mit der Bildung der Regierung betraut werden wird. In der Arbeiterpartei selbst hat man diese Möglichkeit ebenfalls ins Auge gefaßt.

Angesichts des antiliberistischen und antikapitalistischen Charakters der Arbeiterpartei würde die Übernahme der Regierung durch sie innen- und außenpolitisch von den weittragendsten Folgen sein. Eine unverzügliche und gründliche Revision des Versailler Friedensvertrages wäre unausbleiblich. Ist es doch die englische Arbeiterpartei die stets die Tragödie von Versailles bekämpft hat.

# Eine provokatorische Justizaktion

36 Arbeiterführer sollen ins Zuchthaus

In Elbing führte der Rathenaumord zu umfangreichen Strafen und Verbotsmaßnahmen, wobei ein Demonstrationszug durch ein schickendes Fabrikgrundstück in der inneren Stadt marschierte. Sachschaden ist nicht angerichtet. Einige deutsche Streikbrecher trugen ein paar Pflöcke davon. Dieser angelegte der jahrelang fortgesetzten Provokationen der Firma Schichau barmlose Vorgang soll nun dazu dienen, die im Vordergrund der Elbinger Arbeiterbewegung stehenden Personen zu vernichten. Gegen 36 Sozialisten beider Richtungen, darunter zwei Frauen, ist eine Klage wegen Landfriedensbruchs im Gange. Schon wenige der Namen zeigen, welche Bedeutung dem Fall innewohnt. U. a. wird die Untersuchung geführt gegen die Genossen Stadtverordneten Karl Peh, Bevollmächtigten des Bauarbeiterverbandes! Stadtrat Ernst Vogel, Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes, Wilhelm Müller, Kassierer des Metallarbeiterverbandes; Stadtverordnete Jesh, Geschäftsführer des Transportarbeiterverbandes, Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins Elbing; der Führer der kaufmännischen Angehörigen Forsthöf und v. Weber; Stadtverordnete Jesh, Vorsitzenden der U.S.P. Elbing; Anstaltsführer Grünwald, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Schwemding in Württemberg. Eine Verurteilung ist durchaus wahrscheinlich, wenn nicht ein gewaltiger Entrüstungssturm der gesamten deutschen Arbeiterschaft das Verfahren zusammenbrechen läßt. Alle Maßregelungen der Firma Schichau — sie hat mittlerweile Arbeiter 1 1/2 Jahre und darüber ausgedient —, alle Verfolgungen der Arbeiterpresse vermochten nicht, die sozialistische Bewegung in Elbing zu zertrümmern. Etwa 25000 Arbeiter, Frauen und Kinder mit eingerechnet, sind durch die Praktiken der Firma Schichau in 2 1/2 Jahren zur Abwanderung gezwungen worden. Der Sozialismus und die Gewerkschaften aber leben weiter. Jetzt solle die Führer in den Kerker, um die Masse stumm zu machen. Die Elbinger Arbeiter appellieren an die Solidarität des deutschen Proletariats. Von der Regierung fordern sie, daß sie endlich Schritte unternimmt, die reaktionären Beamten in Döpreußen anzuhängen. Das Verhalten der Firma Schichau leistet der Kolonialverwaltung Döpreußens harten Vorstoß. Statt, daß die Staatsbeamten der Firma Schichau gegenüber Rücksicht beweisen, sind sie ihre willkürlichen Diener. Es ist hohe Zeit, diesem Zustande ein Ende zu bereiten, damit endlich in Döpreußen die Republikaner nicht mehr vogelfrei sind. Die 36 Genossen in Elbing haben an dem Demonstrationszuge sich bemüht, die erregten Massen zurückzubehalten. Zum Danke dafür, daß ihnen das gelang, stellt sie der Staatsanwaltschaft als Missetäter eines gar nicht satzungsmäßigen Landfriedensbruchs unter Anklage. Und deutsch-nationale Richter und Geschworene werden sie verurteilen. Das ist Döpreußen, das zweite Bayern.

besto selger im Dunkeln schweben, werden leer ausgehen, vielleicht sogar mit um so größerer „Rühmlichkeit“ ihr altschwäbischer Wandwert weitertreiben.

# Die Reichswehr und ihr Untersuchungsausschuss

Weitern nachmittags trat endlich der vom Reichstag einberufene Ausschuss zur Prüfung von Vorwürfen und Beschwerden gegen die Reichswehr zu seiner ersten Beratung zusammen. Als Mitglieder nahmen ihm an für die U.S.P. Künstler, für die S.P.D. Dänlich, für die Deutsche Volkspartei Dr. Marek, für die Deutsche Demokraten Dietrich-Baden, für das Zentrum Marx und für die Bayerische Volkspartei Emminger. Da der Wehrminister Gehler Mitglied der Reichstagsfraktion der Demokraten ist und die Untersuchungen des Ausschusses sich auch auf die Tätigkeit des Ministers erstrecken werden, lehnte der Abgeordnete Dietrich-Baden für die Demokraten den nach den turnusmäßigen Bestimmungen der Demokraten anfallenden Vorken eines Ausschussvorsitzenden ab. Es soll daher der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Emminger, von der Bayerischen Volkspartei den Vorsitz führen. Als Berichterstatter wurde der Abgeordnete Dänlich gewählt.

Ueber den Aufgabenkreis des Ausschusses entspann sich eine lebhafte Debatte. Abgeordneter Marek (D.S.) sprach sich dahin aus, daß die Behauptung des Ausschusses vom Reichstag bekräftigt worden ist, d. h. der Ausschuss könne nur über Beschwerden verhandeln, die im Plenum des Reichstages selbst zur Annahme des Entwurfs auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oeffnet haben. Marek sagte, es wäre doch falsch, eine solche republikanische Organisation wie die Reichswehr es ist, unter händliche polizeiliche Kontrolle des Ausschusses zu setzen. Das würde ein Signalwesen hervorrufen, weil gewisse Kreise aus den verschiedensten Gründen die Abgeordneten der einzelnen Parteien mit Material versehen könnten, nicht der Sache wegen, sondern um sich an ihnen mißliebigen Personen zu rächen.

Künstler (S.P.D.) trat den Aufstellungen Mareks entgegen und verlor sich u. a. in die Kompetenz des Ausschusses eine Untersuchung der Gründe abzuhe, aus denen Angehörige der Reichswehr mit republikanischer Gesinnung aus dem Heere entlassen worden sind.

Dr. Gehler sprach sich über die Tätigkeit des Ausschusses dahin aus, daß er in erster Linie sich lediglich auf die Tätigkeit seiner Person als Minister beschränken müsse, da er ja der Verantwortliche sei. Er betont, daß in den Fällen, in denen die Staatsanwaltschaft die Dinae bearbeite, wie a. B. in dem Fall der Marinekademie Würzburg, das Reichswehrministerium wie auch der Ausschuss nicht in ein schwebendes Verfahren einreifen könne.

Künstler (U.S.P.): Wenn der Ausschuss den Anträgen Mareks zustimmen sollte, dann sind die Arbeiten des Ausschusses nicht nur weitaus, sondern der Ausschuss hätte sich dann selbst ausschalten. Das würde bedeuten, daß das antirepublikanische Verhalten des Generals Koch bei dem Döndelgrundstücken in München und andere schwere Fälle nicht zur Beratung kommen würden. Sollte der Ausschuss das beschließen, dann wäre der von Dr. Gehler verlangte Ausschuss zur Klärung aller Vorwürfe alles andere, nur nicht das, was er sein soll. Wenn Dr. Gehler meint, daß in Fällen, wie a. B. über die Marineschule Würzburg, die bereits durch den Staatsanwalt bearbeitet werden, der Ausschuss nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen hat, so hat trotzdem der Ausschuss aus politischen Gründen die Pflicht, das Material, das zu einer Aufklärung gegen bestimmte Offiziere flüßte, zu sichten und die Bewährten zu hören. Sollte anders verfahren werden, dann läme aus der Tätigkeit des Ausschusses zur Klärung der Fälle nicht allzuviel heraus.

Die Abgeordneten Dietrich und von Gallwitz sprachen sich dahin aus, daß formell der Abgeordnete Marek Recht habe, sie würden aber nicht, daß man sich nur auf ganz bestimmte Fälle beschränke, damit nicht der Eindruck erweckt werden könne, als ob der Ausschuss ein Interesse daran habe, diesen oder jenen Fall nicht zu verhandeln.

Zum Schluß wurde festgestellt, daß alle arden und schweren Anklagen von politischer Bedeutung gegen die Reichswehr zunächst vom Berichterstatter unter Dinstellung des Reichswehrministeriums überprüft werden sollen. An der nächsten Sitzung soll dann über die Art der Behandlung der verschiedenen Fälle Beschluß gefaßt werden. Der Ausschuss wird seine Beratungen drei bis vier Tage vor dem Aufammentritt des Reichstages wieder aufnehmen. Bis dahin sollen die nur Kenntnis des Ausschusses kommenden Anklagen bearbeitet werden.

# Umwandlung der staatlichen Bergwerke in Aktiengesellschaften

Durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst wird folgende Meldung verbreitet: In Ausführung eines Beschlusses des Preussischen Landtages, worin das Staatsministerium ersucht wird, über die Neugestaltung der Betriebe der Staatlichen Bergwerke, Dätten und Salinen dem Landtag alsbald eine Vorlage anzuhängen, ist im Ministerium für Handel und Gewerbe ein Entwurf zu einem Gesetz, betreffend Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des Staatlichen Bergwerkes an eine Aktiengesellschaft ausgearbeitet worden. Nach dem Referentenentwurf soll die Verwaltung und Ausbeutung der Staatlichen Bergwerke übertragene werden. Der Entwurf geht dabei von dem Gedanken aus, daß es nicht zweckmäßig ist, die auf historischer Entwicklung beruhende Einheitlichkeit des bergbaulichen Betriebes, der auch jetzt von einer Zentralkasse, nämlich dem Ministerium für Handel und Gewerbe, verwaltet wird, zu zerbrechen. Bei einer Gesellschaft wird die bergbauliche Einheitlichkeit besser gewahrt. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik, einheitliche Arbeiter- und Angehörigen-Politik werden gewährleistet. Einzelne Werke würden auf sich gestellt oft gar nicht lebensfähig sein. Die Aktiengesellschaft führt lediglich die Geschäfte der Verwaltung im Auftrage des Preussischen Staates. Dieser bleibt Besitzer der Werke, auch die Aktien werden ausschließlich in seinem Besitz sein. In dem gesamten Aufbau der Verwaltung soll vorläufig nichts geändert werden, lediglich die zentrale Leitung geht von dem Ministerium auf eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Generaldirektion über. Die Beamten, Angehörigen und Arbeiter werden in den Dienst der Aktiengesellschaft übernommen. Zur Aussprache über den Entwurf fanden am 12. und 15. August Konferenzen mit den Bergbauleitenden und Direktoren der Staatlichen Bergwerke im Handelsministerium statt. Die Herren haben dem Grundgedanken des Referentenentwurfs, daß ausnahmsweise zugestimmt. In den Konferenzen mit den Beamtenorganisations- und Gewerkschaften am 1. September und den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angehörigen und den Betriebsräten am 6. und 7. September wurde die Uebernahme der Verwaltung auf eine Aktiengesellschaft vollständig gebilligt. Die in der Besprechung vorgetragenen Wünsche der Beamtenorganisationen bezogen sich in der Hauptsache auf die Wahrung wohlverbodener Rechte der Beamten. Die Erfüllung ihrer Wünsche wurde ihnen im Rahmen des Möglichen zugesagt. Es ist konstatiert, für die Bearbeitung der Umstellung in dem Handelsministerium eine besondere Dienststelle, die Uebernahmestelle für die Umgestaltung der Staatlichen Berg- und Hüttenwerke einzurichten, die nach Durchführung der Trennung zwischen Hoheits- und Betriebsverwaltung wieder aufgelöst wird.

# Ernährung und Gesundheit

Ein medizinisches Urteil über die neuen Maßnahmen zur Volksernährung. Seit Monaten sind von den ärztlichen Organisationen und Fachblättern Maßnahmen gefordert worden, die die Volksernährung angesichts des kommenden Winters sicherstellen. Wenn sie jetzt von Seiten der Regierung angekündigt werden, so muß, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ heute dazu schreibt, schon jetzt bemerkt werden, daß diese Pläne wie so oft in den vorangegangenen Jahren so auch jetzt reichlich spät kommen und daß ihre Durchführung gegenüber der brutalen Interessenswirtschaft abzuwarten ist. Nicht nur im volkswirtschaftlichen, sondern auch im volksgesundheitlichen Interesse hätte es gelegen, wenn manchen Forderungen der Ärzte früher Rechnung getragen worden wäre. Offensicht, so schreibt die Zeitschrift, erleben wir infolge dieser Verzögerungen nicht eine Wiederholung der schweren gesundheitlichen Schäden, wie sie aus der Kriegszeit schauerhaft in unserer Erinnerung stehen.

Redakteur Hermann Stebold-Weipzig tritt als Nachfolger des kürzlich verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Pinkau in den Reichstag ein.

Nordpolfahrer als Leichen gefunden. Der Korrespondent der Londoner Times in Christiania meldet, daß nach einem Telegramm aus Petersburg in Nordisibirien die Leichen von Teslen und Anstien, der zwei Begleiter des Nordpolfahrers Amundsen, die seit 1918 verschollen waren, aufgefunden worden seien.

# Kloths Verleumdungen vor Gericht

In der bürgerlichen und kommunistischen Presse war fortwährend von Verleumdungen und Verleumdungen der U.S.P. mit der Entente die Rede. Diese Verleumdungen waren die Zeitungen sehr genau, keine Namen zu nennen, da sie wußten, daß Organisationen ohne den Charakter einer juristischen Person nicht klagen können. Wo sie nicht auf die Namenennung ausgefordert, mußten sie nach Art der Zintenfische, die das Wasser trübten, um sich in dessen Undurchsichtigkeit zu verbergen. Dieses erhebende Schauspiel haben wir erst kürzlich wieder bei der Notiz haben erleben müssen, die, in die Enge getrieben, schließlich erklärte, sie habe der U.S.P. gar nicht vorwerfen wollen, daß sie Ententegegnern empfangen habe. Dem einzigen Sozialdemokraten und jetzigen Volksvertreter Kloth wieserte unbedingt das Malheur, den Genossen Dretschel in die „Affaire“ zu legen. Genosse Breitfeld nahm den „Siler“ sofort und freudig bei den Hörnern, um ihm Gelegenheit zu geben, vor Gericht seine Verleumdungspraktiken einzuzusehen. Die Sache wurde hinausgeschoben, zunächst, indem man die Sache vor den Staatsgerichtshof zu bringen suchte. Breitfeld war bekanntlich kurze Zeit Volksbeauftragter für Preußen. Das Gesetz zum Schutze der Republik aber bestimmt, daß auch die Mitglieder der ehemaligen republikanischen Regierungen vor Verleumdungen zu schützen sind. Der Staatsgerichtshof, an den von diesen Gesichtspunkten aus die Sache gebracht war, hat die Klage an das ordentliche Gericht zurückverwiesen. Wie außerdem dazu berichtet wird, soll nunmehr „demnach“ die Angelegenheit vor dem Mosbiter Gericht zur Entscheidung kommen. Herr Kloth wird dabei wenigstens eine kleine Region erhalten. Andere, die nicht so unbedacht, aber

# Proletarierkinder auf Reisen

Von Georg Kaufmann-Reinickendorf.

Nach monatelangen Vorbereitungen (Beschaffung der nötigen Gelder und Lebensmittel, Briefwechsel mit den Thüringer Jugendherbergen und Gasthöfen, Elternkonferenzen, Lichtbildervorträgen, Besprechung der Tour an der großen Landkarte usw.) war der Tag der Abreise herangerückt. Geplant war eine siebenstägige Wanderung von Eisenach bis Weidertersbach bei Jella-Neubis, auf jeden Tag nicht mehr als drei Stunden Marsch. Die letzten sieben Tage sollten in Weidertersbach verbracht werden, von wo Ausflüge in die herrliche Umgebung (Lautertal, Schmalde, Oberhof, Samidefeld, Euhl usw.) vorgesehen waren. Wir wurden die Vorbereitungen nicht ganz leicht, da ich fest entschlossen war, die Fahrt nur dann zu wagen, wenn Sicherheit dafür bestand, daß alle Kinder täglich ihr Quartier und fast zu eisen hätten. Bei den hohen Preisen und den kleinen Reisebeiträgen der Arbeiterreiter habe ich manche Stunde über den Zahlen schwitzen müssen. Aber zuguterletzt ging es. Der Etat „balancierte“. Auf nach Thüringen!

Sonnabend, den 8. Juli, punkt 7 Uhr abends, versammelten sich die 10-15jährigen Teilnehmer, mit mir 20 an der Zahl, im Reinickendorfer Jugendheim. Väter und Mütter hatten sich eingefunden, um die Reisebegeisterung der Kinder mitzugesehen. Augen leuchteten, Schnäbel schnatterten. Im Stimmenaufwand ließen sich die zu gleichen Teilen verteilten Jungen und Mädchen von einander nicht abtrennen.

Auf dem Anhalter Bahnhof bezogen wir unsere reservierten Abteile. Die Lichter von Jüterbog, Wittenberg, Halle, Raumburg, Weimar, Erfurt huschten an uns vorbei. Die Kinder plauderten, schliefen, sangen abwechselnd. Aus dem Morgengrauen blieben die blauen Höhen Thüringens. Sonntag früh, gegen 8 Uhr, waren wir im „Schloß Fischbach“ der Eisenacher Jugendherberge.

Es regnete. Während die Kinder sich wuschen und ihr Frühstück aßpudierten, lockte in der Küche unser Kaffee in großen Kesseln. Als alles fertig war, krochen wir in die Betten, um den trübten Vormittag zu verschlafen. Merkwürdigerweise wurden die oberen Etagen der Bettgehelle besonders bevorzugt. War das ein Turnen, als sollte mit aller Gewalt bewiesen werden, daß der Mensch vom Affen abstamme! Ich ließ sie turnen. Die Atemzüge der Schlafenden waren nachher desto tiefer.

Um 2 Uhr war alles munter und auf den Beinen. Das Wetter hatte sich aufgeklärt und die Wartburg sollte besichtigt werden. Nachdem wir sehr manierlich durch Eisenach gepilgert waren, konnte ich die tolle Gesellschaft natürlich nicht hindern, ein Beispielen zu veranstalten. Da ich den Ausflug als ungefährlich und mit Nahrungstafeln versehen kannte, ließ ich es zu und schlenderte mit der ganzen Erhabenheit eines Erwachsenen“ würdig hinterher...

Oben bot sich der herrliche Ausblick in die Thüringer Landschaft. In der Tiefe der grandiose Klippen der Sonne mit den Waldbecken, die aus den Felsen ragen. Ich hätte in die Köpfe der Kinder schauen mögen, als wir von den Schleihschichten der Ringmauer über die Zugbrücke in das Innere der Burg schritten. Das tiefe, finstere Tor, der schiefwinklige Hof mit den malerischen Granitfenstern, den grotesken Wassersteinen, wieder ein Tor zum zweiten Burghof mit dem mächtigen Turmruinen und dem verwirrten „Luginsland“, den zu betreten natürlich das Ziel aller Wünsche war. Was müssen das für Eindriffe gewesen sein. Bertha Rogelschube kramten die Turmtreppe empor. Auf der Plattform riß der Wind an unseren Mänteln und Haaren. Aber welcher Weidertersbacher (in meiner Kindergruppe sind nur Weidertersbacher) läßt sich nicht mit Begeisterung laufen und auspudieren, wenn er vom Turm einer weltberühmten Burg in die schaurig-schöne Tiefe schaut.

Wir nehmen Teil an der Nahrung durch die Innerräume der Wartburg. Besonders interessierte uns der Sängersaal, dessen eine Seite mit einem Gemälde Moritz von Schwind's bedeckt ist, den Sängerkrieg darstellend, der vor aranen Zeiten in diesem Saale stattgefunden haben soll. Die Namen Walter von der Vogelweide, Wolfram von Eschenbach, waren den arderen bekannt. Unsere Bewunderung fand auch der märchenhaft ausgestaltete große Festsaal dem leider, wie vielen anderen Räumen der Burg, von seinem ursprünglichen mittelalterlichen Aussehen nichts mehr verblieben ist. — Mit hochgepönnelten Gefühlen überschritten wir die Schwelle von Luthers Arbeitsstube. Hier war noch alles, wie zu des Reformators Lebzeiten. Der berühmte Zintenfier an der Wand ist allerdings längst den restaurationswütigen Reifenden zum Opfer gefallen. Bettlade, Ofen, Schreibrühl, Sessel, Wandbilder, Decke, Fußboden wurden genau benutzungsreimig. Hier also hat der Mann gehaust, von dem uns der Lehrer und die Geschichtsbücher so viel (falsches und richtiges!) zu erzählen wußten.

Am nächsten Morgen ging es im Gleichschritt, mit Sang und Klang aus der Herberge. Der Klang behand leider nur

in meiner Gitarre, da es die Kinder bisher noch zu keinem Zupfinstrument gebracht haben. Welch ich aber „mächtig“ in die Seiten griff, und die Kinder ihre Stimme nicht schonten, mochte es nicht schlecht durch Eisenach geklungen haben. Am Eingang zur Drahe nischlich mußte die Marschordnung aufgelöst werden. Die freien Hände der leuchten, finsternen Schlichterlaubenden Durchgang nur im Gänsemarsch. Stellenweise hielten wir mit dem Knudal Luft und rechts an die überhängenden dichtbewachsenen Felsen und konnten entgegenkommende Touristen nur durch starrs An-die-Wand-drücken passieren lassen. Hier wie in romantischen Annatal waren die achselnissvollen Seitengänge und Röhre unabwehrlicher Anreiz für „falsche“ Streifzüge und Entdeckungsfahrten unserer Jungen. Schwere Herzen mußte ich zuweilen gegen gar zu gewante Kletterkünste protestieren, um so mehr, als hier noch ein Drahe sein Unwesen treibt, der mit Borliche Kinder frist“. Das wollte mir die ansackelnde Gesellschaft nun doch nicht glauben. Mit dem holprigen Knistern zur „Dohen Sonne“, von wo die Wartburg zum letzten Mal herüberwinkelt, schloß die Reihe der unvergesslichen Erlebnisse dieses herrlichen Vormittags. Fortsetzung folgt.

Begründung einer Internationalen Komponisten-Gilde. Dieser Tage wurde in Berlin die Internationale Komponisten-Gilde von Ferruccio Busoni, Edgar Varese (New York), Bernard van Dieren (London), Heinz Tielken, Professor Leon Petr, Fr. von Baumbach und Gust. L. David, dem Leiter der Kornischer angeordnet. Die J. C. G. in Deutschland ist parallel der seit Mai 1921 in Amerika (New York) bestehenden Organisation gleichen Namens (Internationale Composers' Guild), eine Vereinigung entschieden fortschrittlicher Komponisten. In ihrem Verhältnis zu sonstigen, schon bestehenden Organisationen mit ähnlichen künstlerischen oder wirtschaftlichen Zielen ist die J. C. G. weder eine „Rival“ noch eine „Konkurrenz“, sondern sie beruht auf dem ihr eigenen Gedanken der unmittelbaren Fühlungnahme der fortschrittlichen Komponisten aller Länder. Die J. C. G. vermeldet die Bevorzugung einer einzelnen Richtung. Entscheidend ist neben dem positiven Können, das in der Kunst nicht allein mit der Befähigung des erkennbaren Handwerklischen verwechselt werden darf, vor allem die individuelle schöpferische Beendigung. Die J. C. G. vertritt ihre Ziele durch Veranstaltung eigener Konzerte, deren Programme zum Austausch mit solchen der ausländischen Parallelorganisationen bestimmt sind. Das erste Konzert der J. C. G. in Berlin findet bereits Mitte Oktober d. J. statt.

# Zum Verschmelzungsprogramm

von Georg Ledebour.

Mit solcher Hast wird die Verschmelzung der USPD. mit der SPD. betrieben, daß zu einer gründlichen Aussprache über die Vereinigungsbedingungen in Presse und Versammlungen von der Delegiertenwahl zum Großen Parteitag es an Zeit mangelt. Am 6. September wurde das zwischen den Zentralinstanzen vereinbarte Vereinigungsprogramm veröffentlicht, vier Tage darauf wird schon gewählt. Wie können da den Genossen die Gründe und Gegengründe rechtzeitig zur Kenntnis gebracht werden, um als Grundlage für eine eingehende Erörterung zu dienen? In letzter Stunde will ich aber doch noch versuchen gegenüber den in der „Freiheit“ zu Worte gekommenen Befürwortern der Verschmelzung wenigstens in knappen Worten darzulegen, weshalb im Interesse der erfolgreichen Fortführung des proletarischen Klassenkampfes die USPD. den geplanten verhängnisvollen Schritt nicht tun dürfte.

Der Genosse Hennig macht sich gleich allen seinen Vorläufern die Befürwortung der Instanzenvorschläge ungemein leicht, indem er die Verschmelzung mit der SPD. kurzweg als die Einigung des Proletariats anpreist, die den Bruderkampf beseitigt. Da bei der einseitigen Verschmelzung mit den Rechtssozialisten die Unabhängige Sozialdemokratie als selbständige revolutionäre Klassenkampfpartei vom Kampfplatz verschwinden soll, so würde der kommunistischen Partei damit die Wohltat erwiesen, daß sie als einzige revolutionäre proletarische Partei der rein reformistisch eingestellten „Vereinigten Sozialdemokratie“ entgegentreten könnte. Aus diesem Gegensatz aber müßte der proletarische Bruderkampf schärfer emporschlagen als je zuvor.

Denn auch durch die Uebererschüttung mit noch so schäumenden Wortschwallergüssen läßt sich dem kritischen Auge nicht verschließen, daß das vereinbarte Aktionsprogramm die eigentlich revolutionären Forderungen der USPD. verschwinden läßt.

Das Leipziger Manifest vom Januar 1922 war schon durchbrochen worden durch das Bekenntnis der Reichskonferenz der Partei zur Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien. Bei der Verschmelzung wird denn auch von der SPD. nicht verlangt, daß sie aus dem Koalitionskabinett ausscheidet. Im Gegenteil, einigen ehemaligen USPD.-Genossen wird die Möglichkeit geschaffen, gleichfalls mit Ministerposten bedacht zu werden. Zum Ueberflus kann der „Vorwärts“ in seinen Begleitworten ausdrücklich versichern, daß von den bisherigen SPD.-Genossen „die Aufgabe der im Vörlager Programm niedergelegten theoretischen Auffassungen“ nicht verlangt wird. Andererseits ist das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum Rätesystem von den Unterhändlern der USPD. völlig preisgegeben.

Man hat zur Beibehaltung dieses Verzichts darauf hingewiesen, daß ja die USPD. someso in den letzten Jahren keine Schritte zur Selbstemancipation dieser Forderungen getan habe. In ein Aktionsprogramm gehörten aber nur Tagesforderungen hinein. Eine solche Beweisführung beruht auf einer totalen Verleumdung der Voraussetzungen für revolutionäre Betätigungen.

Allerhand reformistische Einzelforderungen, wie sie das Verschmelzungsprogramm in Hülle und Fülle aufzählt, können allerdings nach freiem Ermessen der parlamentarischen Vertretungen jederzeit in geeigneten Zwischenräumen gesetzgeberisch betrieben werden. Revolutionäre Betätigungen aber werden vorbereitet durch tiefgreifende wirtschaftliche und politische Erschütterungen. Wenn aber solche Erschütterungen den Boden vordereiten haben, dann müssen revolutionäre und revolutionärgewirkte Klassenkämpfer zur Stelle sein, die im gegebenen Augenblick die Gebote der geschichtlichen Notwendigkeit vollstrecken.

Wir haben eine solche Epoche durchlebt im November 1918. Wären da die deutschen Proletariat und ihre Führer der revolutionären Situation gewachsen gewesen, so hätte der Sozialismus fest begründet werden können. Leider hat uns gerade die rechtssozialistische Partei damals die Situation völlig verpsauht. Dieses historische Urteil haben übrigens alle Vertreter der USPD. gefällt, auch Genosse Crispian, der jetzt im Ueberchwang seines Verschmelzungsdranges zu dem entgegengesetzten geschichtlichen Urteil sich durchgerungen hat, daß bolschewistische Umtriebe an der Verimpfung und Verpflanzung der deutschen Revolution die Schuld tragen. Wer sich die Mühe geben will, kann leicht aus den früheren Meinungsäußerungen des Genossen Crispian die Widerlegung dieses neuerdings von ihm in der „Freiheit“ vom 8. September verkündeten Urteils beibringen.

Wenn wir im Leipziger Aktionsprogramm die Tatkraft für revolutionäre Aktionen und insbesondere das Bekenntnis zum Rätesystem und zur Diktatur des Proletariats bekräftigen, so geschah es in der Erkenntnis, daß wir als Vorkämpfer des revolutionären Sozialismus nicht nur die in ruhigen Perioden gebotene reformistische Tätigkeit, sondern vor allem die Durchführung der historisch bedingten Revolution ins Auge zu fassen haben. Es braucht aber hier doch wohl keinem Genossen nachgewiesen zu werden, daß die revolutionäre Epoche trotz eines zeitweiligen flauen Zeitabschnittes nicht vorüber ist, sondern, daß wir jederzeit plötzlich wieder auch ohne unser Zutun vor die gewaltigsten revolutionären Aufgaben gestellt werden können, wie Ende 1918 und Anfang 1919. Bereit ist alles! Das Verschmelzungsprogramm verächtlich aber ausdrücklich auf diese Bereitschaft für revolutionäres Tun.

Mit diesem Verzicht im engsten Zusammenhang steht, daß die langatmige Aufsählung der Gegenwartsforderungen in keiner Weise ergänzt wird durch Betonung der taktischen Mittel zur Erlämpfung unserer Forderungen. Es macht den Eindruck, als ob den Verfassern des Entwurfs in keiner Weise zum Bewußtsein gekommen ist, daß eine proletarische Partei sich auch für politische Forderungen nicht beschränken kann auf parlamentarische Mittel, sondern vor allem die wirtschaftlichen Kampfmittel des Proletariats, also seine ureigensten Mittel ins Auge zu fassen hat.

Das Verschmelzungsprogramm also ist der zweifelhafte Beweis dafür, daß diejenigen USPD.-Genossen, die sich durch dessen Annahme mit der SPD. verschmelzen wollen, aufhören werden, Vertreter des revolutionären proletarischen Klassenkampfes zu sein. Am so gebietlicher erwacht daraus und anderen, die wir erfüllt sind von dem Grundgedanken unserer Bewegung, die Pflicht, alles aufzubieten, um unsere Partei auch im Widerstand zu einem Mehrheitsbeschluß aufrechtzuerhalten als Vertreterin des revolutionären

sozialistischen Kampfes. Sie wird noch wie vor die große Aufgabe zu bewältigen haben, die wahre Einigung des Proletariats vorzubereiten durch Zusammenfassung aller seiner zersplitterten Kräfte, sowohl der Sozialdemokraten wie der Kommunisten aller Richtungen zu gemeinsamen Aktionen, die, sich stützend, schließlich allen Genossen die siegverbürgende einheitliche Klassenkampfwehreung schaffen werden.

## Der Fall Janus

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Trotz der bereits am 9. September der Presse übergebenen amtlichen Erklärung, nach der entgegen dem Artikel in der Morgenausgabe der „Noten-Zeitung“ vom 8. September die Verschmelzung des Redakteurs Janus nichts mit Presseangelegenheiten zu tun hat, wiederholt ein Teil der Presse diese irrtümliche Auffassung. Um jedes Mißverständnis zu beseitigen, erklärt das Polizeipräsidium nochmals folgendes:

Das Polizeipräsidium steht ebenso wie die Presse auf dem Standpunkt, daß die Pressestelle für jeden Journalisten neutralen Boden sein muß, und daß ein Journalist, der sich in Ausübung seines Berufs im Polizeipräsidium aufhält, einer Festnahme bei solcher Gelegenheit nicht ausgesetzt sein darf. In der Tat ist auch in dem vorliegenden Falle gegen diesen Grundsatz nicht verstoßen worden. An dem Falle Janus ist weder die pressepolizeiliche Dienststelle der Abteilung IA noch die Pressestelle des Polizeipräsidiums beteiligt gewesen. Vielmehr war Janus in einem Strafverfahren wegen unerlaubten Waffenbesitzes von der Abteilung IA vorgeladen worden. Das in Frage kommende Verfahren war von dieser Abteilung auf Grund einer Anzeige des Janus gegen eine dritte Person eingeleitet worden. Die Aufforderung an Janus, auf dem Polizeipräsidium zu erscheinen, ging daher von keinem Beamten aus, der irgendwelche Presseangelegenheiten zu bearbeiten hat.

## Gewerkschaften und Teuerung

Der sozialdemokratische Parteivorstand, vertreten durch Otto Weiss und Hermann Müller und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, unter anderem vertreten durch Graßmann und Georg Schmidt vom Landarbeiter-Verband, hatten, wie die „P. P. N.“ erfahren, am Montag vormittag um 11 Uhr einen Empfang beim Reichspräsidenten Ebert, bei dem auch der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt anwesend war. Die Arbeitervertreter trugen dem Reichspräsidenten ihre sehr ernstlichen Besorgnisse wegen der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor und wiesen insbesondere darauf hin, daß von den bestehenden Kreisen gegenüber Landarbeitern und Bergarbeitern vielfach ein direkt provozierendes Verhalten an den Tag gelegt würde. Sie erhoben dann besonders Einspruch gegen eine weitere Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den agrarischen und bündlerischen Forderungen. Reichspräsident und Reichswirtschaftsminister legten die Momente dar, die die Haltung der Regierung bisher bestimmt haben, und versprachen ihr Möglichstes, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen.

Etwas konkreter muß die Berichterstattung schon sein, wenn sie nicht zur Farce werden soll. Die Regierung werde ihr Möglichstes tun, ist eine laue Redensart, auf die niemand etwas geben kann. Die Regierung wird vielleicht sogar für sich in Anspruch nehmen, auch bisher schon ihr Möglichstes getan zu haben. In Wirklichkeit hat sie aber nicht viel mehr getan, als vor den Befehlen der Volksauswüchser zu Kreuze zu kriechen.

## Deutsche Volkspartei und Koalition?

Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bereits zum 22. September — der Preussische Landtag tritt am 27. September wieder zusammen — eine Fraktionsbesitzung einberufen. Wie die „P. P. N.“ hören, soll die Frage zur Entscheidung kommen, ob auch nach der Vereinigung von Sozialdemokraten und Unabhängigen die Deutsche Volkspartei an der Koalition mit den Sozialdemokraten in Preußen festhalten und weiter an der Preussischen Regierung teilnehmen will.

## Düringer bleibt Abgeordneter

Vor kurzem hatte der Landesausschuß der Deutschen Nationalen Volkspartei Baden dem deutschen Nationalen Abgeordneten Dr. Düringer das Vertrauen abgesprochen, weil er sich gegen die heberische Richtung seiner Partei erklärt hatte und ihn gleichzeitig aufgefördert, sein Amt als Landesvorsitzender der Partei in Baden und sein Reichstagsmandat niederzulegen. Zu diesem Beschluß erklärte nun Dr. Düringer in einem in der „Badischen Presse“ erscheinenden offenen Brief, ihm sei seiner Zeit nahegelegt worden, zu der Landesausschussfraktion nicht zu erscheinen. Er, Düringer, sei also, ohne gebürt zu werden, verurteilt worden, ein Verfahren, das an die Verhältnisse in der Deutschen Nationalen Partei ein bezeichnendes Licht wirft. Das Verlangen, sein Reichstagsmandat niederzulegen, lehnt Dr. Düringer als verfassungswidrig ab. In der Frage der Mandatniederlegung schreibt er weiter:

Uebrigens kann ich auch den Landesausschuß nicht als Vertreter meiner Wählerschaft anerkennen. Die Sie mir selbst mitteilten, sind unter Berufung auf mich sehr zahlreiche Kundtakte aus der Partei erfolgt. Die Wähler sehen mich vermutlich innerlich näher, als die Teilnehmer an dem oben erwähnten Referat und werden mich auch in Zukunft ihr Vertrauen bewahren.

Schließlich kommt noch für mich in Betracht, daß der Beschluß des Landesausschusses ohne jede Berechtigung ist. Wenn eine Partei nicht mehr so viel Selbstkritik ertragen kann und will, wie von mir in den beiden Artikeln (Dr. Düringer spielt dabei auf seine Ende Juli veröffentlichten Artikel „Arbeitsgemeinschaft der Parteien“ und „Parteien“ an, Red. der „Freiheit“) geübt wird, wenn sie ihren Mitgliedern so wenig Denkfreiheit und selbständige Meinungsäußerung gestattet, so beweist sie damit nur ihre innere Unsicherheit und Schwäche. Meine Ausführungen stehen mit keinem einzigen Punkte des Parteiprogramms in Widerspruch; im Gegenteil, ich bin den für die Gründung der Partei als einer Sammelpartei maßgebenden Grundgedanken treu geblieben, während der Terror einer einseitigen Richtung die Partei unzugänglich macht.

Was Düringer gegen die Deutschnationale Volkspartei anführt, ist zweifellos richtig, aber gerade weil diese Partei unsicher und schwach ist, und weil ihre Worte mit ihren Taten in Widerspruch stehen, mußte Düringer fallen, der diese Zweipaltigkeit nicht mitmachen wollte.

Uebrigens meldet Wolffs Bureau, daß der Abgeordnete Dr. Düringer zur Deutschen Volkspartei übergetreten ist und sich der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion angeschlossen hat.

## Zu Ehren Lassalles

In Breslau ehrten am Sonntag die beiden sozialistischen Parteien das Andenken Ferdinand Lassalles. Am Geburtstagsort des unermüdbar für die Organisation des deutschen Proletariats tätigen Vorkämpfers der modernen sozialistischen Bewegung war eine Gedenktafel angebracht worden, deren Enthüllung am Sonntag vor einer aus allen Stadtteilen mit Fahnen und Emblemen anrückenden Arbeiterkassette erfolgte. Der Oberpräsident Zimmer, der Staatssekretär Goehre, der Bürgermeister Trentle und andere Vertreter der Behörden nahmen an der Feierlichkeit teil. Edward Bernstein, der Herausgeber von Lassalles Werken wies in seinen Gedächtnisworten auf Lassalles Rede über die Verfassung hin, wobei er im Anknüpfung an die Lassalleschen Vorträge sagte: „Auch Stein ist ein Stück der Verfassung.“ Nachdem noch der Reichstagspräsident Lohde zu den Versammelten gesprochen und Arbeiter-Sängerchöre, durch deren Vieder die Feier eröffnet worden war, ein Schlußlied gesungen hatten, zogen die Teilnehmer nach der Lassalleschen Grabstätte auf dem jüdischen Friedhofe. So ehrte das Breslauer Proletariat einen der großen Toten, der zu Lebzeiten auf die deutsche Arbeiterbewegung so großen Einfluß hatte und dessen Reden und Schriften noch lange über seinen Tod hinaus die Motivation für den Sozialismus belebten, dessen Gedanken noch zu einem Teile in dem auf dem Einigungsparlament im Jahre 1875 geschaffenen neuen Programm ihren Niederschlag fanden.

## Die Notlage der Presse

Magdeburg, 11. September. Die hier tagende Arbeitsgemeinschaft der hiesigen Nachrichtenämter hat folgende Entschliessung angenommen: Die Arbeitsgemeinschaft der hiesigen Nachrichtenämter nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der zunehmenden Not der deutschen Presse, die sich in dem Sterben zahlreicher vielfach alter und angesehenen Zeitungen äußert.

Die Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder auf Grund eigener Erfahrung den hohen Wert der Presse für unser gesamtes öffentliches Leben erkannt haben, bedauert es insbesondere auch, daß Staat und Reich keine wirksamen Maßnahmen ergriffen haben, um eine weitere Verschärfung der Notlage zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet mit Bestimmtheit, daß nunmehr wenigstens — im letzten Augenblick — Regierungen und Parlamente diejenigen Schritte unternehmen werden, die geeignet erscheinen, den deutschen Zeitungen die Fortexistenz zu ermöglichen.

## Rußland und das internationale Kapital

Die russische Sowjetregierung ist eifrig bestrebt, möglichst rasch dem internationalen Kapital die Ausbeutung der reichen russischen Bodenschätze in die Hand zu spielen. Konzessionen reichen sich an Konzessionen. Dem gleichen Zweck dient auch der Vertrag, der am Sonntag in Berlin zwischen dem Präsidenten der Russo-Asiatic-Consolidated Co., Urauhart, und dem russischen Sowjetvertreter Krassin abgeschlossen worden ist.

Nach dem Ost-Express handelt es sich bei dem Vertrag, der noch der Ratifizierung in Moskau bedarf, um eine langfristige Konzession auf die ehemaligen russischen Unternehmungen jener Gesellschaften, welche in der „Russo-Asiatic-Consolidated“ vereinigt sind. Dazu gehören vor allem die überaus reichen Kupfererzgruben im Nischnijn-Gebiet im Ural, ferner Goldvorkommen und andere Erzgruben. In Sowjetkreisen wird hervorgehoben, daß die im Konzessionsvertrage enthaltenen Verpflichtungen Urauhart als erstem von der Sowjetregierung aufgenommen worden seien, und keine weiteren Unternehmer mehr erwähnt werden sollen. Dem Vertrage zufolge muß Urauhart mit der Arbeit in den konzessionierten Unternehmungen bereits in aller nächster Zeit beginnen und die Goldproduktion muß bereits im ersten Konzessionsjahre mindestens 12 Pud betragen.

Wie die Berliner russische Zeitung „Saganne“ zu dem Vertrage erzählt, übergibt die Sowjetregierung besondere langfristige Schatzscheine an Urauhart, deren Realisierung im Auslande, und zwar ausschließlich zu Zwecken der Ausbeutung der an Urauhart konzessionierten Unternehmungen erfolgen soll.

Von anderer Seite verlautet, daß auch die deutsche Industrie durch Lieferungen größeren Umfangs an dem Geschäft beteiligt sein wird. Krupp hat bereits mit Urauhart verhandelt.

## Wie Urauhart den Vertrag beurteilt

Nach der Unterzeichnung des Vertrages wurde Urauhart von einer Menge von Journalisten um nähere Auskunft befragt. Er erklärte:

„Mehrere Jahre lang wollte die russische Sowjetregierung mit mir weder einen Vertrag schließen, noch wollte sie sich auf irgendwelche Verpflichtungen einlassen. Wenn die Sowjetregierung aber jetzt den Vertrag unterzeichnet hat, dann bin ich auch der Ueberzeugung, daß ich die Möglichkeit haben werde, in Rußland zu arbeiten. Alle Nachrichten, die ich von der „Ara“ und von englischen Organisationen zum Zwecke der Hungerrilfe aus Rußland erhalten habe, haben mir bewiesen, daß man in Rußland wieder arbeiten kann. Die Summen, die mir die Sowjetregierung jetzt als Anleihe vorstreckt, habe ich mich verpflichtet, nur für den Wiederaufbau unserer Unternehmungen in Rußland selbst zu verwenden. Was den Umfang des Vertrages anbelangt, so kann ich darüber nur sagen, daß wir uns verpflichtet haben, für 25 Millionen Goldrubel Kupfer und Gold zu fördern, während wir vor dem Kriege nur etwa 10 000 Tonnen Kupfer förderten. Und wir werden sofort die Arbeit antreten.“

Ältere Begründungsversuch abgelehnt. Der seinerzeit wegen Soldatenschilderei an dem Gardebataillon Helmholz verurteilte Oberleutnant, jetziger Major Siller, hatte Revision gegen das Urteil eingeleitet. Das Reichsgericht hat diese Revision abgewiesen.

Englische Händler nach Rußland. Dem Kommissariat für Außenhandel ist ein englischer Vorschlag unterbreitet, der dahin geht, in Rußland eine Reihe von Fabriken einzurichten, die Verbundstoffe und Medikamente herstellen sollen. Der englische Vorschlag wurde der außerordentlichen Konzessions-Kommission beim Außenhandelskommissariat übergeben.

1 Dollar = 1525 Mark



### Die Münzstraße

Bei einem Schaufenster steht Volk! Zwei höhere Schüler, ein hintergekommenen Arbeitsloser, drei zweifelhaft, Gesichte anscheinend Stammgäste aus dem nahen „Café Dalkes“. Sogar ein Mädel von etwa vierzehn Jahren, an einer Zuckerstange lutschend, ist ganz lutsch! In dem Schaufenster sind Bronzing und Totschläger ausgestellt. Nur keine Maschinenpistole. Die lagern woanders! Hierig haften die Augen der vor im Schaufenster Stehenden an diesen Erzeugnissen der Technik. Wie mag doch bloß das Interesse an diesen hinter der Gasheibe befindlichen Gebrauchsgegenständen entstanden sein! Die Hochachtung vor dem, was menschlicher Geist geschaffn oder — etwa — heimliche — — — noch heimliche — Wünsche — —, ein gefährdeter oder gefeierter Held zu sein? Wie schön, wie herauschend, ein Held zu sein, ein richtiger Held, wie er — gestern — im Kino gezeigt wurde und heute wieder im Roman (Heft 87 der „Perlen des West“) geschildert wird. Mutig, edel, mit dem Browning in der Rechten —. Jugendträume, und zwar sehr gefährlich. Oder sollten etwa einige Beschauer, vielleicht der „Messestamm“, noch an d e r e, schlimmere Gedanken haben? Diese verdorbene Jugend!

An der Vordschwelle stehen und gehen in größeren Abständen Männer. Kleine, Große, Dicke, Schlanke. Zumteil sonnmäßiges Neugeborene, Dunkelbraune Halbhuhe allerneuester Form. Fleischfarbene, feidene Strümpfe. Riesensüße, mühenähnliche Bedachung! Schwarzer Leinenkragen. Leuchtende Augen. Hände in den Hosentaschen. Und im Hintergrund wird der „Durchstreifende“ von dem „Anfässigen“ an der günstigen Gelegenheit in Kenntnis gesetzt: Anzüge — Halstücher — Stiefel — Mäntel — Schlafdecken — Wäsche — Hosen — Fahrräder. Das Orchester eines der diversen Kinos hämmert einen neuesten Schlager dazwischen. Außerdem fragen mehr oder weniger verbrauchte weibliche Wesen: Na Kleena —? Großstadtjumpf.

Ein Wagen der haubtfreien Mälabfuhr. Die Kutscher haben mit Mühe den Kasten auf das Brett geschwungen und ziehen nun ein undefinierbar langes Etwas aus dem Kasten, bevor der ganze Inhalt dem Wagen überliefert wird. „Nur sehen Sie bloß mal die Gesellschaft an“, meint ein großer, breitschultriger, zum Müllsaftentragen geeigneter, offensichtlich nicht in der Nähe der Münzstraße angewachsener Herr. Es ist ihnen ausdrücklich verboten worden, den Inhalt der Kästen zu untersuchen. Re Ausverschämtheit, wo die Kerls reichlicher Markt in der Woche verdienen.“ „Sie meinen doch die Gesellschaft“ — — wollte ich fragen, aber das vernünftige Glied aus den gebildeten Ständen war schon fort. Jrgendneis seiner Worte — einundeineinhalb Dollar pro Woche? — muß wohl in die Nähe des Wagens gelangt sein, außerdem fuhr der Wagen in der Richtung, die der Kritiker einschlo, weiter — na — man kann ja nicht wissen — in diese Gegend —.

Unverschämtes Arbeitervolk.

Z a - t u - t a - t a ! Ein Luxusauto, lang gebaut, grün lackiert, stülte sich durch Straßenbahnwagen, Droschken, Geschäftsfurwerke, Handwagen und Menschen hindurch. Die Insassen des Autos sind hart im Gespräch vertieft. Nur ab und zu fällt ein un so verächtlicherer Blick auf das — Publikum. Der Lenker wird ermuntert, schneller zu fahren. — Nur und Ordnung liebende Bürger.

Verdorbene Jugend — Großstadtjumpf — Unverschämtes Arbeitervolk — Ruhe- und Ordnungsliebende Bürger. Woher ad alles? Ist die Jugend der Anlaß zu den Er-rungenschaften der Technik, oder sind es auf Abwege ge-ratete Er-rungenschaften? Entstehen Kämpfe aus einem Miß, oder waren es nicht ursprünglich Seen, Wasserläufe,

denen durch irgendwelche Eingriffe das Wasser, das frische, kühle Wasser entzogen würde?? Und wenn das unverschämte Arbeitervolk aufbegehrt, weiß das frische, kühle Wasser von der Masse abgelenkt wird, vielleicht, um in irgendeinem kleinen versteckten Winkelchen so ein ganz bescheidenes Sämpfchen für ganz private Zwecke der tagsüber Ruhe und Ordnung Liebenden anzulegen, dann Enttäuschung ob dieses egoistischen, neidhaften, das Volksganze schädigenden Verlangens.

Die Münzstraße wird Inhalt und Ausdruck nicht dadurch ändern, daß ab und zu mal „Staub gewischt“ wird! Inhalt und Ausdruck auch der übrigen „Straßen“ muß geändert werden. Es wird Aufgabe der nicht in diversen Einheitsfronten zerrissenen, klassenbewußten Arbeiterschaft sein, die Kräfte zu diesem gewaltigen Umbau zu sammeln und einheitlich anzuwenden. Solange dies nicht geschehen kann, bleibt die Welt eine — Münzstraße!

### Steuerkrieg

Einen regelrechten Steuerkrieg mit Sipomobilmachung, Lastautos, Kassenaushebung und anderen schönen Dingen erleben wir augenblicklich in Berlin. Die Herren Besitzer großer Vergnügungsetablissemments tanzen der Steuerbehörde auf der Nase herum. So z. B. der Lunapark. — Die Vermaltung hat seit Monaten den dort festgesetzten 100% Vergnügungssteuerzuschlag einfach nicht abgeführt und ver-suchte auf dem „Verhandlungswege“ von den Geldern, die sie dem Publikum für den Stadtsädel abgenommen hatte, allerhand für sich abzuhandeln, da ihr Unternehmen sich „nicht rentiert“. Schließlich erscheint die Sipu und Beschlagnahme die Kasse. Als Antwort gibt die Direktion den Eintritt frei. So war gestern eine Wölferwanderung zum Lunapark. 20000 Besucher tollens gewesen sein. Der Magistrat sollte der Gesellschaft ganz einfach den Laden schließen! Oder sollte der Schneid nach der Sipaktion er-lahmt sein? Bei der „Allap“ am Lehrter Bahnhof holte man sich für die Stadt auf diese Weise eine runde Million. Inzwischen versuchen die Kinobesitzer einen Streik zum 2. September vorzubereiten. Der Streik würde sich zwar gegen die Kinobesitzer selber und gegen ihre Angestellten richten. Aber immerhin für die Kinos könnten die Säge ruhig erniedrigt werden. Die Preise sind so sehr gestiegen, daß die alte Staffelnung veraltet ist. Und das Kino ist heute für die breite Masse der Bevölkerung fast die einzige Ver-gnügungsmöglichkeit geworden. Auch daran sollte man denken. Trotz der 50 Instanzen, die da ihren Segen geben müssen, könnte man das machen.

### Die weltliche Schule in Moabit

Wir konnten erst kürzlich darüber berichten, daß im Ver-waltungsbezirk Wedding am 1. Oktober eine ganze Reihe von weltlichen Schulen eröffnet werden. Auch im zweiten Verwaltungsbezirk (Tiergarten) wird mit Beginn des neuen Schulquartals eine solche weltliche Schule eröffnet werden. Es hat der Moabiter Arbeiterschaft viele Mühe und Kämpfe gekostet, dieses Ziel zu erreichen. Groß sind die An-ferengungen der bürgerlichen Geaner, um die Arbeiterkinder davon abzuhalten, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken. Sie arbeiten mit Lügen und Verdrehungen und werfen Tausende von Flugblättern gegen die weltliche Schule in die Massen. Näher wir Arbeiterkinder heute noch darauf aufmerk-sam machen, was sie der Erziehung ihrer Kinder schuldig sind? Wir denken, es erübrigt sich, in einem Arbeiterblatt zum soundsovielten Male auf die Beweggründe hinzuweisen die die Schaffung von weltlichen Schulen veranlassen. Aber beschämend bleibt es doch, daß Arbeiter ihre Kinder immer noch dem Einfluß der religiösen Zwangs-erziehung über-laffen, weil sie sich in geistiger Abhängigkeit von den bür-gerlichen Zeitungen befinden. Und wieviel geistige Trägheit spielt hier ein, ausschlaggebende Rolle! Man ist zu bequem, die Kinder unmaßwideln und hänet an der alten überlieferten Einrichtung des Religionsunterrichtes — weil es im mer so war. Hier haben unsere Arbeiterkinder, die sich an den

ausgeklärten rechnen, im Kreise ihrer Familie und bei Nach-barsleuten ein dankbares Betätigungsfeld. Unermüdet muß darauf hingewiesen werden, daß die Schaffung der weltlichen Schule das Ergebnis schwerer Kämpfe ist, und daß es eigentlich Ehrensache der Arbeiterschaft sein sollte, solche Einrichtungen zu halten und zu fördern.

Die von den bürgerlichen Geanern ausgehenden Lügen und Verleumdungen bedürfen ja kaum noch irgendeiner Widerlegung. Mit Vorbedacht trennen sie das Gerücht aus, daß die Schulen den am Religionsunterricht teilnehmenden Kindern genommen werden sollen, um sie der „religiösen-loser“ weltlichen Schule preiszugeben. Man spricht von Verdrängung und Gebäuderaub. Es ist ganz selbstverständlich, daß die der weltlichen Schule zuzuführenden Kinder in einer eigens dafür reservierten Schule unter-richtet werden müssen. Es ist ein Zeichen der von Kräfte-licher Seite genährten Intoleranz, daß man dagegen Sturm läßt, wenn die Dissidenten auf Grund der ihnen durch die Ver-fassung gewährleisteten Rechte auch ihrerseits für sich das Recht in Anspruch nehmen, die Errichtung weltlicher Schulen zu fördern.

Arbeiterkinder, noch ist es Zeit! Das neue Schulquartal steht bevor. Beräumt es nicht, eure Kinder vom Reli-gionsunterricht abzumelden. Meldet sie an zum Unterricht in der weltlichen Schule und tretet der freien Schulge-meinde bei. Anmeldungen nimmt der Genosse Max Gra-wunder, Wielestraße 15, entgegen.

### Der Kampf mit dem Wucher Der Wiederbeschaffungspreis verboten

Anfragen bei der Preisprüfungsstelle Berlin lassen er-kennen, daß immer noch die Meinung verbreitet ist, es dürfe gemäß dem Beschlusse des Hauptausschusses der Preisprü-fungsstelle verfahren werden, monach der Wiederbeschaf-fungspreis bei der Preisfestsetzung in Rechnung gestellt wer-den kann. Die Preisprüfungsstelle Berlin wird auch ferner-tin sich auf die zuletzt ergangenen Reichsgerichtsentscheidun-gen und die letzten Veröffentlichungen des Reichswirtschaftsmini-sters und des Preussischen Ministers des Innern stützen und bei ihren Berechnungen nur den Wiederbeschaffungspreis zuzüglich eines angemessenen Aufschlages für die Geldentwertung gelten lassen.

### Der Leutnant als Pferdedieb

Leutnant Eberh. Wagener-Hohenlohe hatte sich gestern wegen Diebstahls vor der Ferienstrammkammer des Landger. II zu verantworten. Er ist beschuldigt, in Gemeinschaft mit einem Leutnant Weise von der Reichswehr eine Reihe von Pferd, der Minenwerferkompanie 15 an sich gebracht zu haben, um sie zu verkaufen. Wegen dieser Tat ist der ehe-malige Reichswehrleutnant Weise bereits verurteilt worden. Der Pferdeverkauf sollte in einem Wald, unweit des Bogers Wänsdorf vor sich gehen, jedoch wurden die Pferde noch im letzten Augenblick von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und sicher gestellt. Die Verhandlungen gegen den Angeklagten Wagener hatten sich erbedlich verabsauert, da er zunächst er-krankte und das Strafverfahren gegen ihn deshalb abgeleht wurde. Da die Angehörigen von Wagener plötzlich behaupt-eten, er sei geisteskrank, so stellte Gerichtsarzt Med. Rat Dr. Störmer in einem ausführlichen Gutachten Anzeichen von Geisteskrankheit fest und bantraute, den Angeklagten auf Grund des § 31 der Str. P. O. auf die Dauer von sechs Wochen einer öffentlichen Anstalt zu überweisen, wo sein Geisteszu-stand beobachtet werden soll. (1) Aber selbstredend ist der Herr Leutnant geisteskrank.

### Fräulein „Spinne“ aus Rotibus

Ein unliebsames Abenteuer erlebte ein Provinzler, der auf einem Spaziergange ein junges Mädchen kennen gelernt hatte. Die Kleine hatte gegen eine Begeleituna nichts ein-zuwenden, schlug aber eine Einladung mit ihm ein Lokal aufzusuchen, ab. Dagegen war sie gern bereit, sich mit ihm auf einer Bank auf dem Dönhofsplatz ein Weichen niederzulassen. Weil sie, es war schon spät am Abend, in ihrer som-merlichen Kleidung froh, so hatte ihr Begeleiter nichts da-gegen, daß sie sich ihre Hände an seinem Rücken wärmte. Während dieser zärtlichen Umarmung schrieb das Mädchen plötzlich auf und zugleich waren auch drei Männer, die auf

## Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(1. Fortsetzung.) Die dummen Formalitäten, die das Amt mit sich brachte. — Hinanklaufen zum Kreisamt, zum Schul-inspektor, zum Direktor — Vorlage des Dekrets, schwur auf die Verfassung — Fragen und Antworten und An-einander-vorbeireden. Der Direktor war nicht ut auf den Schulinspektor, der Schulinspektor nicht ut auf den Direktor zu sprechen. Sie ließen's natür-lich nicht merken. Fragte man den Schulinspektor etwas, das den Direktor anging, so tat er ganz fremd und fern und sagte: „Das gehört nicht in mein Mehrt.“ Sagte man aber dem Direktor, was der Schlininspektor gesagt habe, so hob er die Achseln und sag: „Darüber habe doch nur ich zu befinden. Das ist Sache des Direktors, nicht des Schulinspektors.“ Bürgermeister, Gemeinderäten und Hono-rarären jeden Kalibers mußte der Philipp gehen. Er fügte sich hinein, halb mit der Neugierde des Neulings, darauf Entdeckungen und Ueberraschungen ausgeht, hat mit der Angst und der Abwehr vor dem Neuen. Unwissen, Kommenden, die den Menschen so leicht beht. Er hat ein Amt. Wie ihm das komisch vorkam! In mußte er sich gleich entsprechend verhalten, etwas wistellen. Nun lies ihm das auf Schritt und Tritt uh, hing ihm an wie eine Kette. Nun war's vorbei mit Leichtgläubigkeit und Sorglosigkeit. Immer das Amt id die Würde wahren. Daraufhin wurde er nun an-gehen. Und darin durfte er nicht versagen. Alles, ns er tat, das mußte sich nun richtig gehören, mußte r ihn passen. Er mußte sich Rechenschaft geben über den Schritt und mußte schwere Verantwortung für m tragen. Und das alles so plötzlich, von gestern auf eute. Er wollte ja noch gar nicht so eingespannt und eladen sein. Nun ja, eingespannt wohl — jeder Hand-werksgefelle war das auch. Aber nicht so viel auf sich eladen tragen. Wenn er doch auf die Universität ätte gehen können! Was hätte er noch lernen können!

Und was hatte er noch zu lernen? Was er bis jetzt gelernt hatte, war ja verloren. Bei zwei mal zwei ist vier und Dingwort, Tätigkeitswort und Eigen-schaftswort war nichts davon anzuwenden. Dabei stand ihm noch ein pädagogisches Examen bevor — und dann noch das Staatsexamen. Und all diese Leute hier. Seine Gedanken waren drüben überm Rhein. Wie hatte man da doch andere Interessen, eine andere geistige Beweglichkeit. Hier alles plump, schwerfällig, beengt und versimpelt. Er dachte nun an den alten Krafft. Das war er nun, was der gewesen war. Wie hatte er das früher einmal angesehen! Jetzt hielt er gar nichts mehr da-von. Denn er sah nur die Schattenseiten seines Be-rufes, die momentanen Forderungen und Erschei-nungen, die kleine geistige Welt, die geistige Simplizi-tät, wie er sich ausdrückte. Die anderen Lehrer lachten darüber am Viertisch. Da war der kleine Meyer. „Was willst du,“ sagte er, „wilst du, daß wir noch mehr arbeiten sollen? Ich hab gerad genug, danke!“ Und er tat einen Aufschlud. „Sie irren sich,“ belehrte der kahlköpfige Georg Standhalter, der vor dem Oberlehrerexamen stand. „Sie beurteilen schon den Beruf, den Sie noch gar nicht kennen. Lernen Sie ihn erst einmal kennen, bitte! Aber da kommt so ein junger Dachs daher, hat so ein bißchen Gymnasialbildung, auf die ich pfeife — meine Seminarbildung ist mir mindestens gerade so viel wert, aber mindestens, — und haut eine Sache in Grund und Boden, die er noch gar nicht kennt. Bitte, Sie sind ja noch gar kein Lehrer, werden Sie erst einer! Was verstehen Sie denn von Pädagogik? Nichts. Na also!“ Der Philipp respektierte den Eifer des Lehrers. Ja, er hatte recht, seinen Beruf zu verteidigen. Sein Beruf war ja alles, was er hatte. „So war es ja nicht gemeint, Herr Standhalter,“ entschuldigte sich der Philipp. „Sie dürfen schon Herr Kollege sagen,“ lies sich Herr Standhalter zu ihm herab. „Das werde ich nicht wagen — ich bin ja noch gar

kein Lehren, wie Sie mir deutlich klar gemacht haben.“ Der eifrige Lehren machte eine verbindliche Hand-bewegung. Der herzleidende Heinrich Schmerzlich, der immer auf Freierrfüßen ging und sich ungemein wichtig in der Welt vorkam, benützte nun die Gelegen-heit, seine pädagogischen Erfahrungen auszukramen. Er erzählte breit und umständlich — und mußte sich da-beständig über den Mund fahren, weil sich zu viel Speichel ansamelte. Es war dann nicht angenehm, ihm gegenüber zu sitzen. Er hatte eine neue Rechenabelle aufgestellt. „Sehr gute Erfahrungen.“ Schwarze und rote Zahlen. „Sehr gute Erfahrungen.“ „Frage — — Finger — Antwort. Eine wahre Luft. Wenn der Schulinspektor kommt, wird er gucken. Ich muß mindestens gut in der Rechenprüfung kriegen, wenn nicht sehr gut.“ Im Schreiben hatte er jetzt eine neue Methode, die großen Buchstaben zu üben. Er zeigte, wie er zählte. Eins langgezogen beim Anfangsbogen — zwei kurz — und drei wieder langgezogen. „So kriegen ich den Haarstrich beim Anfangsbogen gut heraus — knapp und kurz auf zwei den Grund-strich — und auf drei hübsch langsam und vorsichtig den Haarstrich. Willst du's nicht auch einmal probieren, Meyer?“ „Prost!“ antwortete der Meyer mit einer breiten Backstimme. „Prost auf deine neue Methode, Schmerzlich!“ „Prost, prost!“ sagte Schmerzlich und trank einen kurzen Schlud. „Ich empfehle Ihnen das sehr, Herr Kaiser,“ wandte er sich an Philipp. „Sie werden sehen, über-raschende Resultate. Und die Erleichterung an der Disziplin. Sie haben die ganze Klasse nur so am Schnürchen. Der richtige Lehrer beherrscht mit einem Blick die ganze Klasse, hat der Seminarlehrer Brot-baum gesagt. Er hat recht. Ich habe gefunden, daß er recht hat. Ich versichere Sie, meine Herren!“ (Fortsetzung folgt.)

